

Vermerk des Fachverbandes der französischen Eisen- und Stahlindustrie an die französische Regierung (Paris, 13. Dezember 1950)

Legende: In diesem Schreiben an die französische Regierung zeigt sich der Fachverband der französischen Eisen- und Stahlindustrie besorgt über die Öffnung des Inlandsmarktes für den Wettbewerb durch Stahlprodukte aus den Mitgliedstaaten der zukünftigen Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Quelle: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, [s.l.]. Archives Jean Monnet. Fonds AMG. 10/5/7.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/vermerk_des_fachverbandes_der_franzosischen_eisen_und_stahlindustrie_an_die_franzosische_regierung_paris_13_dezember_1950-de-b8693adf-8cdc-40c6-9920-54ccbee15de7.html



Publication date: 05/07/2016

Vermerk des Fachverbandes der französischen Eisen- und Stahlindustrie zum Schuman-Plan (13. Dezember 1950)

Zum Zeitpunkt, da die französische Regierung wichtige Entscheidungen zum Vertragsentwurf und zu seinen Anhängen treffen muss, ist es unserer Ansicht nach dringend angebracht, sie auf die möglichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Gesteuerungskosten für Stahl in den unterschiedlichen Ländern aufmerksam zu machen.

Diese Bilanz bietet gleichzeitig die Gelegenheit, die Entwicklungsmöglichkeiten aller Erzeugerländer innerhalb des Binnenmarktes genauer abzuschätzen.

– I –

Auswirkungen des Schuman-Plans auf die Gesteuerungskosten der einzelnen Erzeugerländer

Sämtliche Details der Berechnungen sind den ANMERKUNGEN im Anhang zu entnehmen; in der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse zusammengefasst.

Die in der Tabelle aufgeführten Preise sind in französischen Franc angegeben; sie beziehen sich auf die Gesteuerungskosten für das Grunderzeugnis, d.h. Thomas-Stabstahl. Es handelt sich hierbei um Vollkostenrechnungen einschließlich der der Finanzaufwendungen, jedoch ohne die Abschreibungen. Die für diesen Punkt geltenden Regeln variieren sehr stark von einem Land zum anderen, und die Berücksichtigung würde den Vergleich verfälschen.

Die erste Spalte gibt die derzeit geltenden Preise unter Berücksichtigung der herrschenden Preislage für Rohstoffe und des Lohnniveaus an. In den zwei folgenden Spalten werden der nach Inkrafttreten des Schuman-Plans zu erwartende Anstieg oder die Senkung der Preise betrachtet, die letzte Spalte enthält wird den entsprechenden Endpreis.

Tabelle

Es wird sofort ersichtlich, dass sich die Situation in Deutschland und Frankreich kaum verändert. Luxemburg erzielt einen spürbaren Vorteil. Belgien verzeichnet einen beachtlichen Gewinn, da dieser je nach Vorhersage zwischen 1 250 und 1 900 Franc liegen kann.

Das Verhältnis unter den Gesteuerungskosten ändert sich wie folgt: Der ursprünglich zwischen Frankreich und Luxemburg bestehende Unterschied von 1 300 Franc zugunsten Frankreichs wird praktisch um die Hälfte reduziert; der restliche Unterschied könnte leicht im Verkauf durch das Spiel der Abschreibungsspannen ausgeglichen werden. Belgiens Abstand von 1 500 Franc zugunsten Frankreichs verschwindet, die Tendenz könnte sich sogar umkehren. Dadurch wird Belgien künftig problemlos niedrigere Preise anbieten als wir.

Diese erste Schlussfolgerung gilt für die Thomas-Erzeugnisse und wird sich aufgrund der Auswirkungen der neuen Schrotregelung auf die französischen Siemens-Martin-Erzeugnisse ausdehnen.

Schrott

Seit vier Jahren ist der Markt für dieses Produkt ziemlich gut organisiert. Das Prinzip bestand darin, den Bedarf des Binnenmarktes prioritär zu decken und die Exporte vor allem nach Belgien und Italien streng zu kontrollieren. Auf diese Weise konnten die Preise auf einem deutlich niedrigeren Niveau als auf dem Weltmarkt gehalten werden, während sie gleichzeitig über den Preisen in Großbritannien lagen.

Die Einbeziehung von Schrott in die Montanunion zerstört das gesamte, mit viel Mühe errichtete Gebilde; uns droht eine Senkung der an unsere Fabriken gelieferten Tonnagen bei gleichzeitigem spürbarem Preisanstieg. Die Herstellungskosten für Siemens-Martin-Stahl und Elektrostahl werden so deutlich steigen.

Das von der französischen Delegation ausgearbeitete Vorhaben sieht bekanntlich einige Anpassungen vor, wie beispielsweise die Konsultation unserer Regierung und des Ministerrates vor der Festlegung von Schrottkontingenten, die ein Mitgliedstaat der Montanunion an die anderen liefern kann; die endgültige Entscheidung, sowohl hinsichtlich der Tonnagen als auch der Preise, obliegt jedoch der Hohen Behörde. Eine gewisse Gleichförmigkeit der Regelungen auf dem Binnenmarkt wird sich nicht vermeiden lassen; dadurch werden wir eine privilegierte Stellung in einem wichtigen Bereich unserer Produktion verlieren. Sieht man die besondere Anfälligkeit des Schrottmarktes, sind sowohl große Verluste von Tonnagen als auch bedeutende Preissprünge zu befürchten.

Es ist natürlich unmöglich, Zahlen zu nennen: Es geht um Abweichungen von mehreren Hundert Franc, die sich auf bis zu 1 000 oder 2 000 Franc pro Tonne für Siemens-Martin-Erzeugnisse belaufen können.

Diese Feststellungen sind sehr beunruhigend; sie beherrschen vollständig die Frage der Wachstumsmöglichkeiten, die sich jedem Land im Binnenmarkt bieten.

– II –

Wachstumsmöglichkeiten der Länder innerhalb des Binnenmarktes

Das Prinzip des Binnenmarktes hatte bei den Ländern, die in den engen Räumen ihrer Zollschränken eingesperrt waren, große Hoffnungen geweckt. Die durch die beiden Weltkriege hervorgerufenen Erschütterungen rechtfertigen außerdem neue Wege; vor allem die Eisen- und Stahlindustrie Westeuropas strebt nach einem mit den Vereinigten Staaten vergleichbaren Markt. Auf der anderen Seite muss der Verbraucher in der Lage sein, bei der preiswertesten Produktionsquelle einzukaufen. Sowohl für den Hersteller als auch für den Verbraucher scheint ein großer Binnenmarkt vorteilhaft für die Vollbeschäftigung.

Diese allgemeine Sicht könnte sich jedoch als oberflächlich erweisen. Es ist wichtig, die Wirklichkeit aus der Nähe zu betrachten und eine Bilanz für jeden Mitgliedstaat zu ziehen.

Betrachten wir zunächst Deutschland, dessen Leistung in der Kohle-, Eisen- und Stahlproduktion seine nationalen Grenzen weit überschreitet. Es wird daher versuchen, seine überschüssigen Kapazitäten auf seine Nachbarländer zu verteilen. Die Einrichtung eines großen Marktes ist also von entscheidendem Interesse für das Land.

Diese Schlussfolgerung muss etwas korrigiert werden. Süddeutschland stellt einen natürlichen Absatzmarkt für einen großen Teil der saarländischen Produktion dar. Selbst mit einer Zollgrenze zwischen Deutschland und dem Saarland besteht der Handel weiter. Er entspricht den geographischen Gegebenheiten so sehr, dass er sich in jedem Fall einstellen wird. Der Handel wird entweder durch ein direktes Abkommen der in Form eines Handelsübereinkommen für Rohstoffe oder durch den Druck der verarbeitenden Industrien in Süddeutschland entstehen. Dadurch werden natürlich entsprechende Tonnagen deutscher Erzeugnisse freigesetzt, von denen ein Teil sich einen Platz auf dem restlichen Markt der Montanunion zu sichern suchen wird.

Die NIEDERLANDE wurden seit jeher zum Großteil durch die deutsche, die belgische und die luxemburgische Metallindustrie versorgt. Die spürbare Steigerung der eigenen Produktion, die durch die exzellente Qualität seiner Kohle und die vorteilhaften Bedingungen für die Abnahme von Erz begünstigt wird, wird den Absatzmarkt für seine starken Nachbarn einschränken. Die Öffnung des niederländischen Marktes bringt daher keineswegs ein neues Element mit sich; im Gegenteil, die beträchtliche Gusseisenproduktion der Niederlande muss berücksichtigt werden, für die unser Land schon immer einen interessanten Absatzmarkt hätte darstellen können.

Mit seinen 45 Millionen Einwohnern und einem schnellen Bevölkerungswachstum ist Italien ein für die

anderen Konzerne erreichbarer Wachstumsmarkt. Dabei darf jedoch die voraussichtliche Steigerung der nationalen Produktion nicht außer Acht gelassen werden (3 bis 3,5 Millionen Tonnen gegenüber 2,2 Millionen Tonnen vor dem Krieg). Diese Steigerung um fast 50 % schränkt die Möglichkeiten für ausländischen Stahl bereits stark ein. Angenommen jedoch, dass Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung und vielleicht kostspielige Herstellungsbedingungen die Produktion drosseln, entsteht ein Markt von gewissem Interesse. Von diesen Wachstumsmöglichkeiten sollte zu großen Teilen Frankreich profitieren, aufgrund seiner fast exklusiven Rolle als Zulieferer für Erze und Schrott, aufgrund seiner geographischen Lage und schließlich aufgrund der laufenden Projekte bezüglich der Umsetzung der Zollunion. Alles was wir tun können, ist, uns an den Vertragsentwurf zu halten, der zwischen den Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie beider Länder ausgearbeitet wurde. Die Verhandlungen wurden bei der Ankündigung des Schuman-Plans ausgesetzt. Morgen werden wir gezwungen sein, unsere privilegierte Stellung aufzugeben, die uns zuzustehen schien, und wir werden den italienischen Absatzmarkt mit unseren Nachbarn, also Belgien, Deutschland und Luxemburg teilen müssen.

LUXEMBURG ist eine riesige Produktionsmaschinerie ohne eigenen Markt. BELGIEN selbst ist ein kleines Land, und die Industrieregionen der Sambre und der Maas bleiben ganz offensichtlich der starken nationalen Eisen- und Stahlindustrie vorbehalten. Was die Überschüsse betrifft, vor allem im Hinblick auf die Brüsseler Region und die Häfen, die günstig auf dem Wasserweg mit den Gebieten um Charleroi und Lüttich verbunden sind: Glaubt man tatsächlich, dass Deutschland und Frankreich sich hier dauerhaft auf dem Markt etablieren können, vor allem, wenn man bedenkt, dass die Gestehungskosten für die belgische Eisen- und Stahlindustrie deutlich gesenkt werden?

Bleibt also Frankreich, ein großer Markt, der von einer leistungsstarken, aber auf die Grenzgebiete im Norden und Osten beschränkten Eisen- und Stahlindustrie versorgt wird. Die französisch-saarländische Eisen- und Stahlindustrie stellt zusammen mit LUXEMBURG und BELGIEN einen gemeinsamen Block dar. Beide Länder werden, wie wir bereits gesehen haben, in der Lage sein, einen Preis ab Werk oder frei Grenze anzubieten, der dem französischen Preis ab Werk oder frei Grenze entspricht oder ihn sogar unterschreitet. LUXEMBURG wird dann seinen Platz auf unserem Markt einfordern, zu den gleichen Bedingungen wie das angrenzende Revier um Longwy. Außerdem sollte unterstrichen werden, welche Erleichterungen BELGIEN bekanntlich genießt, da es die Wasserstraßen – sowohl über den Seeweg als auch über die Binnenschiffahrtstraßen – für den Transport seines Stahls in die Pariser Region und an die Küsten des Ärmelkanals und des Atlantik nutzen kann.

Letztendlich kann der Block der Eisen- und Stahlindustrie aus Belgien, Frankreich-Saarland und Luxemburg das gesamte französische Staatsgebiet als natürlichen Markt betrachten. Kann man unter diesen Bedingungen von einem erweiterten Markt sprechen? Wäre der Begriff eines überlasteten Marktes nicht angebrachter? Sollten wirklich Vorteile entstehen, gälte das in jedem Fall für unsere beiden Nachbarn, denn sie fangen bei Null an und haben nichts zu verlieren. Für Frankreich stehen die Dinge anders, es kann nur verlieren, da man nicht ernsthaft von einer Kompensation in Belgien sprechen kann.

Von daher gesehen ist die Ungeduld nachvollziehbar, mit der BELGIEN und LUXEMBURG die Öffnung der Zollgrenzen erwarten. Ihre große Schwäche bestand bisher darin, dass sie keine oder nur sehr beschränkte Absatzmärkte besaßen. Mit einem Federstrich erhalten sie durch den Vertrag nun Märkte, die sie sich nie erträumt hätten, und zwar zum Nachteil der französischen Eisen- und Stahlindustrie.

Als vor zwei Jahren der wirtschaftliche Anschluss des Saarlandes vorgenommen wurde, mussten wir bereits einen Produktionsüberschuss von 1 600 000 Tonnen auffangen, der durch die Wiederinbetriebnahme von Neunkirchen auf 2 500 000 Tonnen steigt. Zieht man den Verbrauch des Saarlandes und den natürlichen Absatzmarkt in Süddeutschland ab, so sinkt diese Zahl auf eine oder anderthalb Millionen Tonnen. Diese Belastung konnte durch das Hinzukommen eines wichtigen Kohlegebietes, das von unschätzbarem Wert für Frankreich ist, größtenteils ausgeglichen werden. Außerdem erschloss sich unserer Eisen- und Stahlindustrie eine neue Quelle für die Koks- und Kokskohleversorgung, die bereits heute von wesentlichem Interesse ist, das künftig noch steigen wird. LUXEMBURG und BELGIEN stellen dagegen mit einer weiteren Tonnage von mehreren Millionen Tonnen eine Bedrohung dar, dieses Mal jedoch ohne jegliche Gegenleistung.

Solange die Nachfrage im In- und Ausland groß genug ist, wird alles gut gehen. Sobald jedoch die Nachfrage auf dem Weltmarkt sinkt, werden sich BELGIEN und LUXEMBURG auf den neuen Markt stürzen, der sich ihnen eröffnet hat, d.h. Frankreich. Natürlich werden wir uns zur Wehr setzen, denn wir fühlen uns stark genug, um den Kampf aufzunehmen. Wir müssen uns allerdings über das unweigerliche Ende genau im Klaren sein: Die Einrichtung eines Binnenmarktes, der für die einen erweitert, aber für uns überlastet sein wird, wird bei der geringsten Krise zu einem ungezügelterten und ruinösen Wettbewerb führen – auf jeden Fall wird er nichts mehr mit dem ursprünglich gesetzten Ziel gemein haben. Es reicht nicht aus, vertraglich festzuhalten, dass die Hohe Behörde die Ordnung aufrecht erhalten und für die Herstellung normaler Handelsströme sorgen wird. Die Wirtschaft hat ihre Anforderungen, die stärker sind als jegliche Reglementierung.

Schlussfolgerung

Das oben Dargelegte können wir folgendermaßen zusammenfassen:

Bei Inkrafttreten des Schuman-Plans werden sich die Verhältnisse der Gesteungskosten für Thomas-Erzeugnisse aufgrund der vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen deutlich zu Frankreichs Ungunsten verändern, was wiederum Belgien und Luxemburg zugute kommen wird. Der Vorsprung, den unser Land gegenüber Luxemburg verzeichnen konnte, wird spürbar kleiner. Er wird verschwinden und kann sich in Bezug auf Belgien sogar umkehren. Die neue Schrott-Regelung wird diese Umkehrung der Situation noch deutlicher hervorheben, zum Nachteil des französischen Siemens-Martin-Stahls.

Daher wird die Öffnung des Binnenmarktes, die von Belgien und Luxemburg herbeigewünscht wurde, da beide Länder nicht über große Binnenmärkte verfügen, für sie große Vorteile bringen. Der einzig Leidtragende ist Frankreich.

Berücksichtigt man außerdem, dass durch den Schuman-Plan die von den Alliierten beschlossenen Einschränkungen für die deutsche Wirtschaft aufgehoben werden und Italien der Zugang zu den dringend benötigten Rohstoffen gewährleistet wird, kann man nicht umhin festzustellen, dass Frankreich, was die Relativierung der Gesteungskosten und die Öffnung der Binnenmarktes angeht, schließlich der einzige Verlierer ist.

In diesem Bericht haben wir die weiteren Aspekte des Problems nicht angesprochen, insbesondere die Frage nach der Doktrin der ultra-dirigistischen Vorstellung von den Befugnissen der Hohen Behörde. Auch die Bestimmungen bezüglich des Produktions- und Vertriebssystems sind ausgelassen worden.

Wir wollen uns dennoch mit einem wesentlichen Punkt befassen, welcher zur Bewertung der Gesamtbilanz für Frankreich gehört. Es wird vielleicht die Rede von den Schwierigkeiten sein, die wir bezüglich der Verteilung von Koks und Kokskohle aus dem Ruhrgebiet erlebt haben und immer noch erleben. Die Hohe Behörde erscheint als Organ, welches in der Lage ist, eine gerechte Verteilung der Ressourcen vorzunehmen.

Dazu möchten wir zwei Anmerkungen machen:

- 1.) Die Zusammensetzung der Hohen Behörde und die Tatsache, dass ihre Entscheidungen mehrheitlich getroffen werden, mit ausschlaggebender Stimme des Präsidenten im Falle von Uneinigkeit, erscheint Frankreich sehr besorgniserregend.
- 2.) Wenn wir die bedeutenden Trümpfe unseres Landes bedenken, seine Bodenschätze in Nordafrika, in Lothringen und im Westen, seine Phosphatvorkommen, seine Agrarerzeugnisse jeder Art, können wir zu Recht behaupten, dass direkte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern, ergänzt durch Handelsabkommen, uns mehr bringen werden als eine offizielle Verteilung durch eine Hohe Behörde, deren mögliche Tendenzen wir noch nicht kennen.